Nr. 256 XXVIII. Jahrgang — Sonntag, 17. Oktober 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 7.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Wiederholungen oder Umsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenzeichen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung bestimmter Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Zerstörung

Von Siegfried Hartmann

Noch sind die Bilder unsrer illustrierten Zeitungen frischer Erinnerung, die uns die Zerstörung der deutschen Luftflotte zeigten. Man mag überzeugter Pazifist sein und die Auswertung einer der scharfsten Erfindungen, die je der Menschengeist gemacht, zu Zwecken der Kulturvernichtung verdammen; man mag in ihnen berechtigte Verteidigungsmittel sehen und deshalb das Vernichtungsdiktat des Siegers bejahen, absolut sinnlos bleibt es, daß in einer Zeit tiefster Wirtschaftsnot bei dieser Gelegenheit auch alle wertvollen Kraftmaschinen vernichtet werden sind, die den motorischen Antrieb der Flugzeuge bilden, Maschinen, für die sich zum Zwecke des Wiederaufbaues zahlreiche nützliche Verwendungsmöglichkeiten boten.

Jetzt kommt ein zweites, ähnliches Diktat: Die Entente verlangt, daß auch die schnellaufenden Dieselmaschinen zu vernichten seien. Warum? Weil diese Maschinen in unsern U-Booten Verwendung gefunden hatten.

Zunächst die rechtliche Seite des Falles. Im Friedensvertrag kommt das Wort Dieselmotor nicht vor. Artikel 188 bestimmt lediglich, daß alle U-Boote, die aus irgendeinem Grund nicht zur Ablieferung gelangen, innerhalb drei Monaten vollständig abgebaut werden sollen. Artikel 189 fährt dann fort: „Alle Gegenstände, Maschinen und Materialien, beim Abbau der deutschen Kriegsschiffe aller Art, sowie es Ueberwasserschiffe oder U-Boote, gewonnen werden, dürfen nur für rein industrielle oder Handelszwecke verwendet werden. Sie dürfen nicht an fremde Mächte überlassen oder verkauft werden." Artikel 191 bestimmt dann noch besonders den Neubau von Motoren, auch für Handelszwecke.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß der Wortlaut des Vertrages keine andre Deutung zuläßt, als daß er und auferlegt, alle aus dem Abbau der U-Boote gewonnenen Materialien, also auch ihre Kraftmaschinen, das sind die Dieselmotoren, ausschließlich für rein industrielle oder Handelszwecke zu verwenden.

Dieses Recht haben wir ausgeübt. Und dieses Recht will man uns nun nachträglich nehmen. Ja noch mehr, man will auch die inzwischen nur für industrielle Zwecke in Angriff genommenen Neubauten von Schiffen mit Dieselmotoren verbieten, man verlangt die Zerstörung all und jeder dieser Maschinen. Was gegen unsre U-Boote als kriegerische Verteidigungswaffe verdichtet sich nachträglich noch zu einer Hetze gegen den technischen Typus ihrer Antriebsmaschinen.

Und wie liegt die Sache technisch?

Der Dieselmotor ist eine deutsche Erfindung. Der Erfinder, der später auf rätselhafte Weise aus dem Leben geschiedene Ingenieur Diesel, verfolgte das Ziel, eine Maschine zu konstruieren, die Petroleum oder ähnliche brennbare Oele unmittelbar in mechanische Kraft umsetzen könne. Die ungeheure Bedeutung der Dieselmaschine liegt darum in der Möglichkeit, den Energiewert eines flüssigen Brennstoffes weit besser auszunutzen, als das in der Dampfmaschine oder dem gewöhnlichen Gasmotor möglich ist. Ihre große Betriebssicherheit, die Einfachheit ihrer Bedienung, ihr geringer Raumbedarf, die Leichtigkeit, mit der größere Brennstoffvorräte auf kleinstem Raum verwahrt werden können, ihre absolute Gefahrlosigkeit gegenüber der Dampfmaschine, die ja stets einen Dampfkessel besitzt, erwarb der Dieselmaschine nun rasch einen weiten Interessentenkreis. Das Ausland wurde prompt aufmerksam, zumal für Länder mit großen Oelquellen muß ja der Dieselmotor von höchster wirtschaftlicher Bedeutung werden. Man dachte auch daran, den Dieselmotor für die Eisenbahn zu verwenden, die preußische Staatsbahn hat kurz vor dem Kriege zu Versuchszwecken eine Diesellokomotive bauen lassen.

Da kam der Krieg. Der Dieselmotorenbau und seine Entwicklung hat in ihm nicht gerubt. Die breiteste Oeffentlichkeit erfuhr davon in erster Linie durch den U-Boot-Bau, für den die Dieselmaschine eine überaus ideale Antriebsmaschine war. Man würde jedoch gewaltig fehlgehen, wollte man meinen, daß die Dieselmaschine die einzig mögliche Maschine für U-Boote sei. Es ist umgekehrt, daß das so ziemlich ihre einzige oder wichtigste Verwendung wäre. Die Dieselmaschine ist für uns eine ungemein große, rein wirtschaftliche Bedeutung. Sie gestattet die denkbar bestmögliche Ausnutzung flüssiger Brennstoffe und ist wegen ihrer Vorzüge, namentlich auch wegen ihrer momentanen Betriebsbereitschaft der Dampfmaschine muß immer erst stundenlang vorher geheizt werden, während ein Dieselmotor augenblicklich (in Gang gesetzt werden kann) eine sehr wichtige Notstrommaschine, sowohl bei großen Kraftanlagen, um eine plötzlich auftretende Mehrbelastung aufzunehmen, oder um rasch an die Stelle einer defekten Maschine zu treten, oder um z. B. bei Wasserkraftanlagen in Zeiten Wassermangel rasch als Ersatz einzuspringen.

Und in diese technische Entwicklung ihres Landes greift die Entente ein. Sie sollen den Bau von Dieselmotoren unterlassen, die vorhandenen zerstören. Ist dieses Diktat der Ausfluß unerträglichen Hasses? Oder ist es der Versuch, die eigene deutsche Unfähigkeit zu maskieren und im Interesse der englischen Dieselmaschinenindustrie, die heute noch nicht des Rätsels volle Lösung gefunden hat, unsre hier ausgebildete Technik mindestens einige Jahre abzudrosseln? Gehört das Diktat zum Kapitel französischer Neidsucht oder englischen Konkurrenzneides, oder sehen wir hier eine Vereinigung dieser beiden Motive am Werk, eine Vereinigung, die stark genug ist, um Recht und Kulturinteressen der Menschen aus den Angeln zu heben?

*

Die Proteste gegen die Zerstörung

Von sachverständiger Seite wird zu dem drohenden Raub der Dieselmotoren gesagt, daß abgesehen davon, daß die direkten Schäden auf 1½ Milliarden und die der Regierung erwachsende Schadenersatzpflicht auf 4½ Milliarden zu schätzen wäre, in Betracht gezogen werden müsse, daß eine ganze Reihe von Betrieben durch Herausnahme von Dieselmotoren für lange Zeit stillgelegt würden, wodurch weitgehende Arbeitslosigkeit im ganzen Reiche entstehen müßte.

Es ist also sehr verständlich, wenn sich im ganzen deutschen eine scharfe Bewegung gegen die Forderungen des Verbandes bemerkbar macht. Wir erhalten darüber noch folgende Nachricht:

+ **München**, 15. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Die Bewegung gegen die Zerstörung der Dieselmotoren hat jetzt insofern Erfolg gehabt, als die Verhandlungen neu aufgenommen worden sind.** Die Reise der Entente-kommission, die sie am 13. Oktober vorgesehene Zerstörung durchführen sollte, ist nach einer Mitteilung der Reichsregierung an die Maschinenfabrik **Augsburg-Nürnberg vorläufig verschoben worden. In der gestrigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses protestierten alle Parteien gegen das beabsichtigte Vorgehen Frankreichs** betreffend die Vernichtung der Dieselmotoren. Der Handelsminister erklärte, daß es sich hier tatsächlich um eine Vergewaltigung handle, die mit der Ausführung des Friedensvertrages nichts zu tun habe. Es sei nicht unterlassen worden, die Vertretung der Entente in München darauf hinzuweisen, um was für wichtige Dinge es sich handle.

Auch aus andern Parlamenten der deutschen Länder sind kräftige Proteste an die Reichsregierung gelangt, so aus Sachsen. Dazu gesellen sich die zahlreichen Proteste der wirtschaftlichen Vereinigungen, wie von der Konferenz der Geschäftsführer der dem Reichsverband der deutschen Industrie angeschlossenen wirtschaftlichen Interessenvertretungen, ferner vom Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, vom See-Ausschuß in Hamburg usw. Es besteht die Hoffnung, daß die Proteste ihren Zweck nicht verfehlen.

Die Willkür im besetzten Gebiet

+ **Frankfurt a. M.**, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Wie eine ganze Anzahl Zivilklagen an den hiesigen Gerichten beweisen, **beschlagnahmen die amerikanischen Besatzungsbehörden planmäßig alle Automobile amerikanischen Ursprungs**, und sogar solche Kraftwagen, in die nur amerikanische Motore eingebaut sind, wenn nicht ganz einwandfrei der rechtmäßige Erwerb nachgewiesen werden kann. Namentlich in Koblenz werden daraufhin die Automobile scharf geprüft und von der Beschlagnahme sogar Autos nicht ausgenommen, die noch im Frieden in Frankreich gekauft worden sind. Die Lage der Kraftwagenbesitzer ist außerordentlich schwierig, da nach den Versteigerungen nach Friedensschluß amerikanische Wagen durch vielerlei Hände gegangen sind. Anderseits hat aber die amerikanische Besatzungsbehörde die Listen über Versteigerungen nur unvollständig oder gar nicht geführt. Wie scharf die amerikanische Regierung vorgeht, beweist folgender Fall: Die Amerikaner wußten, daß ein Frankfurter Geschäftsmann ein amerikanisches Automobil besitzt. Als er mit einem deutschen Wagen durch Koblenz fuhr, wurde dieser deutsche Wagen als Ersatz für den amerikanischen Wagen beschlagnahmt.

+ **Mainz**, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Für die von den französischen Gerichten verurteilten Deutschen, die zum Strafvollzug den deutschen Gefängnissen überwiesen wurden, hat allein die Gefängnisverwaltung von Mainz vom 10. Dezember 1918 bis 10. September 1920 53 000 Verpflegungstage zu verbuchen. Innerhalb der wirtschaftlichen und politischen Kreise des besetzten Gebietes geht man mit dem Gedanken um, zu streiken und mit direkter Widersätzlichkeit dem Verlangen der Alliierten entgegenzutreten.**

*

Frankreichs Kohlenüberfluß

× **Berlin**, 16. Oktober. Unter Hinweis auf die gestern erfolgte weitere Stillegung zweier Hochöfen und auf den jetzt in Frankreich herrschenden Ueberfluß an Kohle und Koks wird in einem an die Reichsregierung gerichteten von den Herren Kirdorf, Stinnes und Vögler unterzeichneten Telegramm dringend gebeten, Schritte zu tun, daß angesichts des Ueberflusses in Frankreich so viel Kohlen und Koks in Deutschland zurückbehalten werden können, daß unsre Wirtschaft nicht vollkommen zusammenbricht.

* **Paris**, 16. Oktober. Die Seinepräfektur hat die bisher jedem Verbraucher zustehende Ration von Kohlen verdoppelt. Die Preise wurden ganz erheblich herabgesetzt.

*

Ein polnisches Weißbuch

Von polnischer Seite ist ein Weißbuch zusammengestellt worden, das den Beweis zu erbringen versucht, Deutschland habe sich in Oberschlesien der Verletzung des Friedensvertrages schuldig gemacht. Die deutsche Regierung hat sich ein Exemplar des Weißbuchs beschafft und das Ergebnis der von ihr sofort sorgfältig vorgenommenen Prüfung der polnischen Beweisstücke liegt nunmehr in einer von dem Auswärtigen Amt veröffentlichten Denkschrift „Der wahre Wert des polnischen Weißbuches" vor. Danach sind von den veröffentlichten 47 Dokumenten 27, also der größte Teil, gefälscht. Von den übrigen 20 Dokumenten sind sechs polnische Agentenberichte und Zeitungsmeldungen ohne jede Beweiskraft, sechs unkontrollierbare Privatschreiben oder Schreiben ohne irgendwelche Bedeutung und lediglich acht echt. Diese acht Dokumente beweisen aber nicht, was das polnische Weißbuch beweisen will, nämlich das angebliche Vorhandensein geheimer deutscher Kampforganisationen in Oberschlesien, sondern sie stellen die loyale Haltung der deutschen Regierung ausdrücklich fest.

Der polnische Versuch, mit Hilfe gefälschter oder nicht stichhaltiger Dokumente Deutschland die Absicht der Verletzung des Friedensvertrages zu unterstellen und es damit in den Augen der Welt ins Unrecht zu setzen, wird durch die deutsche Entgegnung gründlich vereitelt.

*

Die Abstimmung in Oberschlesien

* **Breslau**, 16. Oktober. Nach englischer Quelle beschloß der Oberste Rat in Paris, die oberschlesische Abstimmung erst im Frühjahr vornehmen zu lassen, weil es technisch nicht früher möglich sei.

Die Wiedergutmachungsfrage

Wie wir erfahren, wird der französische Botschafter Laurent in den nächsten Tagen aus Paris nach Berlin zurückkehren und der Berliner Regierung im Namen Frankreichs mitteilen, daß die Sonderunterhaltung zwischen deutschen und französischen Sachverständigen, die Deutschland angeregt hatte, angesichts der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz in Brüssel nur Verwirrung schaffen würde und deshalb unzulässig erscheine. In französischen Kreisen wird betont, daß die deutschen Sachverständigen in Brüssel reichlich Gelegenheit haben werden, mit den französischen Sachverständigen im engen Kreise zu plaudern, und zwar sehr bald. Allerdings hofft man, daß Deutschland andre Vorschläge für die Wiedergutmachung als in Spa vorlegen wird, die bekanntlich nicht den Beifall der Franzosen gefunden haben.

Wie sehr man in Frankreich mit der Entwicklung der Dinge übrigens unzufrieden ist, zeigt folgendes Telegramm:

© **Genf**, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Laut dem Pariser „Temps" hat Finanzminister Marshal seinen Rücktritt angekündigt, falls eine weitere Herabsetzung der durch die Wiedergutmachungskommission festgesetzten Entschädigungsforderung an Deutschland zugestanden wird.**

Innerhalb des Berliner Auswärtigen Amtes finden seit einigen Tagen bereits vertrauliche Besprechungen statt, zu denen auch hervorragende Persönlichkeiten der Berliner Finanz- und Industriewelt, die im Reichswirtschaftsrat vertreten sind, hinzugezogen worden sind, um die Frage der Vorbereitung der Genfer Konferenz zu besprechen. Die Beratungen gehen aber von dem Standpunkt aus, daß jährlich 41 Milliarden Friedenslasten für die Erfüllung des Versailler Friedensvertrages zur Verfügung gestellt werden müssen. Dieser Betrag von 41 Milliarden umfaßt außer den laufenden Entschädigungen Kriegsschulden, Renten usw. an deutsche Reichsangehörige, vor allem die Lasten der Wiedergutmachungsverpflichtungen und die Lasten für die Besatzungskosten, die bekanntlich mit rund 15 Milliarden angesetzt werden müssen. Wie wir weiter aus Finanzkreisen erfahren, stellt allerdings die Summe von 15 Milliarden noch nicht den ganzen Betrag für die Besatzung dar, sondern es wird wahrscheinlich notwendig werden, daß noch ein Mehrkredit vom Reichstag für die Besatzungskosten bewilligt werden muß.

Im Auswärtigen Amte erwartet man im Laufe des heutigen, spätestens morgigen Tages einen endgültigen Bescheid Englands und Frankreichs zu den deutschen Vorschlägen für die Wiedergutmachung, die in Paris bzw. in London unterbreitet worden sind.

*

Um den Völkerbund

1. **Mailand**, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Auf der Tagung der Gesellschaft zur Förderung des Völkerbundes wurde gegen die Stimmen der Franzosen und Russen beschlossen, die sofortige Aufnahme der bisherigen Feinde in den Völkerbund zu verlangen.

⊙ **London**, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Telegraph" meldet: Oesterreich und Bulgarien haben um die Zulassung zu dem Völkerbund gebeten. Deutschland hat das nicht getan. Die Frage seiner Zulassung wird auf der ersten Tagung des Völkerbundes in Genf verhandelt werden. Falls Deutschland bis dahin nicht um Zulassung ersucht, wird diese Frage nicht zur Sprache kommen.

Die Lage in Kärnten

Die „Wiener Allg. Ztg." erfährt, daß der jugoslawische Minister des Auswärtigen in Beantwortung des österreichischen Protestes gegen den Einmarsch der jugoslawischen Truppen in Kärnten versichert habe, daß die jugoslawische Regierung bereits die Räumung der Zone A angeordnet habe. Auch die Entente ist noch einmal dringend in Belgrad vorstellig geworden:

⊡ **Klagenfurt**, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Der interalliierte Abstimmungsausschuß hat gestern früh an die Regierung in Belgrad die Aufforderung gerichtet, die Südzone sofort von den dort eingedrungenen südslawischen Truppen, der Abstimmungsgendarmerie und den bewaffneten Prügelbanden räumen zu lassen.**

Wie dazu weiter aus Klagenfurt gemeldet wird, erklärte die Abstimmungskommission, daß der Protest der südslawischen Regierung gegen das Resultat der Volksabstimmung in Kärnten dem Uebergang der gesetzlichen Gewalten an Oesterreich nicht aufhalten könne und daß die Uebergabe der Staatsverwaltung bei der alliierten Konferenz in Paris entsprechend den Abstimmungsergebnissen nachgesucht worden sei.

Die Vorgänge in Griechenland

Die Pariser Zeitungen bringen Andeutungen von bevorstehenden sensationellen Ereignissen in Griechenland. Die regierungsgegnerischen Blätter sprechen offen von einem beabsichtigten Staatsstreich Venizelos. Wie behauptet wird, will der bekanntlich erkrankte König von Griechenland dem Thron entsagen, worauf sich Venizelos zum Präsidenten und zugleich zum Diktator Griechenlands auszurufen gedenkt.

Die Situation hat sich folgendermaßen zugespitzt:

© **Zürich**, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Der „Secolo" meldet aus Athen: Der Ministerrat hat infolge der Aufdeckung eines revolutionären Komplotts, der die Wiedereinsetzung des früheren Königs zum Ziele hatte, über Griechenland den Belagerungszustand verhängt.**

Es ist demnach für die nächsten Tage bereits mit neuen Ereignissen zu rechnen. Der Ehrgeiz Venizelos ist noch lange nicht befriedigt.

Die Russen in Halle

Auf dem Parteitag der deutschen Unabhängigen in Halle spielen die Russen auch äußerlich die führende Rolle. Auf Sinowjew folgte Martow und auf diesen wieder Losowski. Es war vorauszusehen, daß um die Grundgedanken des russischen Bolschewismus, um das System Lenins in Halle würde gekämpft werden müssen, aber daß auch die Wortführer auf beiden Seiten Russen sein würden, daß auf diesem deutschen Parteitag Russen um russische Ideen und russische Streitfragen sich rauften, müßte doch eigentlich auch manchem Unabhängigen über die Hutschnur gehen. In der Hitze des Wortgefechtes freilich erhielten die russischen Kämpen auf beiden Seiten den stärksten Beifall.

Zweifellos hat Sinowjew, einer der radikalsten Bolschewistenführer, bei den Delegierten mit seiner rhetorisch hervorragenden Rede starken Eindruck gemacht. Aber sein Gegner, der Führer der antibolschewistisch gerichteten russischen Sozialisten, Martow, vermochte recht treffend auf den Widerspruch zwischen den schönen Worten Lenins und den Taten des russischen Kommunismus hinzudeuten. Es erregte großes Aufsehen unter den Delegierten, als er auf die Tatsache hinweisen konnte, daß in Rußland noch immer Hunderte radikaler Sozialisten in den Gefängnissen schmachten, weil sie sich vor dem bolschewistischen Terror nicht beugen wollen. Und wie dieser Terror in Wirklichkeit aussieht, das geht aus einer Charakteristik dieses selben Sinowjew bis zur Entsetzlichkeit deutlich hervor, die vor einigen Tagen der Russe M. Smilg-Benario in Stephan Großmanns Wochenschrift „Das Tagebuch" veröffentlicht hat. Smilg-Benario, der selbst eine Zeit in der bolschewistischen Regierung mitgearbeitet hat, schreibt darin u. a.:

„Grigori Sinowjew ist Vorsitzender des Exekutivkomitees der Dritten Internationale. Er würde, wenn die Sozialisten Westeuropas und insbesondere Deutschlands den Anschluß nach Moskau tätigten, die Person sein, die höchste diktatorische Gewalt auch über Deutschlands Politik ausübte. Ich habe in Petersburg, wo Sinowjew als Präsident der Arbeitskammer wirkte, genug Gelegenheit gehabt, seine revolutionäre Tätigkeit in der Nähe zu beobachten und darf fragen, ob diese Arbeit ihn zum Führer der internationalen Arbeiterbewegung befähigt.

Sinowjew hat vom zaristischen System einiges gelernt. Wenn unter dem Zaren das Volk ungeduldig wurde, lenkte man seinen Groll geschickt auf die Juden. Dieses Ablenkungsmittel hat sich Sinowjew gemerkt. Als in Petersburg die Hungersnot Unruhen zeitigte, da wußte Sinowjew dem Groll der Massen durch Treibjagden auf die Bourgeois ein Ziel zu setzen. Die Bevölkerung von Petersburg wurde unter Sinowjew in vier Kategorien eingeteilt. Die Bourgeoisie war die letzte Kategorie, sie erhielt pro Person ein Sechzehntel Pfund = 25 Gramm Brot. Damals sprach Sinowjew die höhnischen Worte: „Wir geben der Bourgeoisie nur noch ein Sechzehntel Pfund Brot, damit sie den Geruch von Brot nicht aus der Nase verliert." Der Ausspruch, wichtig als Beitrag der revolutionären Erziehung des Petersburger Proletariats, wurde belacht und beklatscht.

Einmal mußte ich zum Vorsitzenden des Sowjets vom Wasileostrowschen Bezirk, Genosse Leonow, gehen. Während des Gesprächs wies ich ihn u. a. auf die ganz unmöglichen Zustände hin, die in Petersburg im Zusammenhang mit der Heranziehung der Bourgeoisie zur Arbeitspflicht herrschten.

„Sinowjew soll dagegen etwas tun?" rief Leonow ganz verwundert. Ja, er war es doch, der die Straßenjagd eingeführt hat. Ich kann mich erinnern, wie plötzlich eines Abends Sinowjew hierher telephonierte: „Morgen müssen sowieso viel Bourgeois dort und dort Holz ausladen. Schicken Sie Soldaten auf die Straße, die sollen dort so viel Bourgeois auffangen, als nötig, und die Sache ist erledigt." Die Soldaten fingen auch kranke und alte, zur Arbeit unfähige Leute auf.

Man übersetze sich den Vorgang ins Deutsche. Wie wäre das z. B., wenn einmal in Zukunft der Vorsitzende der Berliner Kommune telephonisch den Befehl aus Petersburg erhalten wird: „Sofort die Leipziger Straße absperren, alle Bourgeois dort verhaften und zur Arbeitspflicht anhalten und verschicken."

Als Mitglied der Zentralkommission für Arbeitspflicht versuchte ich seinerzeit die auf ganz entsetzliche Weise nach dem Wologdaschen Gouvernement verschickten Petersburger Arbeitspflichtigen zu befreien. Bei Sinowjew stieß ich auf taube Ohren. Da beschloß ich, zu Maxim Gorki zu gehen. Nachdem ich ihm über all das Grauenhafte berichtet hatte, was mit der Arbeitspflicht verbunden war, sagte er mir: „Ich werde Ihre Bitte Lenin persönlich übermitteln. Ich fahre in einigen Tagen nach Moskau und werde Ihr Material mitnehmen." „Irgendwelche Schritte in Petersburg zu unternehmen, halten Sie für zwecklos?" fragte ich. „Sie haben ja selbst gesehen", antwortete Gorki, „daß es hier unmöglich ist, etwas zu erreichen: in Petersburg sind ja die Greueltaten zum Prinzip erhoben."

Wahrhaftig, Petersburg, die Stadt eines unbarmherzigen und gleichzeitig unsinnigen Terrors. Sinowjew war es, der nach der Ermordung Uritzkis die Parole gegeben hatte: „Ihr tötet einzelne Menschen, wir töten ganze Klassen." Das war nicht bloß eine Phrase, das wurde zur schrecklichen Wirklichkeit. Unzählige Menschen, deren einzige Schuld darin bestand, daß sie einst Offiziere waren oder dem bürgerlichen Stande und intellektuellen Kreisen angehörten, wurden aus diesem Grunde erschossen. Wir wollen lieber die Zahlen sprechen lassen. In derselben Zeit, wo in Moskau, dem Nerv der Sowjetmacht, „nur" 284 Menschen erschossen wurden, wurden

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201017/1